

Neoliberale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus

Warum die Ohnmacht antikapitalistischer Politik ein Grund zur Sorge ist, nicht aber das Gendersternchen

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren“, heißt es in einem Artikel von Slavoj Žižek, der die (Fehl-)Übersetzung eines Zitats von Antonio Gramsci¹ anführt, es „ist die Zeit der Monster“ (Žižek 2010). Gesellschaftliche Krisen enthalten – so lässt sich im Anschluss an Gramsci (und Žižek) hervorheben – nicht nur die Möglichkeit einer veränderten Welt, sondern sie sind auch der Moment vehementer Abwehrkämpfe der alten Ordnung. Autoritärer Populismus, der derzeit weltweit auf dem Vormarsch scheint, kann als entsprechendes Krisensymptom interpretiert werden. Pippa Norris und Ronald Inglehart (2019) gehen in ihrem jüngst erschienenen Buch *Cultural Backlash* davon aus, dass er eine Reaktion konservativer gesellschaftlicher Milieus auf gesellschaftliche Transformationsprozesse und den Bedeutungsgewinn progressiv-liberaler Wertvorstellungen darstellt. Nancy Fraser (2017a) sieht den autoritären Populismus als Zeichen einer kollabierenden neoliberalen Hegemonie. Er sei jedoch nicht nur eine Revolte gegen Austerität, Neoliberalismus und Establish-

ment, die in den vergangenen 30 Jahren zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt hätten, sondern auch gegen Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Rechte von LGBTQ², da deren Hauptströmungen ein implizites Bündnis mit dem Neoliberalismus eingegangen seien.

In kritischer Würdigung beider Ansätze möchte ich im Folgenden eine Lesart des Aufstiegs des autoritären Populismus entwickeln, die die Rolle progressiver sozialer Kämpfe hervorhebt. Wie Fraser sehe ich in autoritärem Populismus eine Reaktion auf Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Rechte von LGBTQ. Anders als sie sehe ich allerdings nicht die neoliberale Vereinnahmung, sondern die Erfolge der Bewegungen und – mit Norris und Inglehart – den daran anschließenden Wertewandel in der Gesellschaft, als Auslöser des Aufstiegs des autoritären Populismus. Autoritärer Populismus lässt sich als konservative Gegenreaktion auf veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse – und deren mediale und politische Repräsentation interpretieren. Soziale Verwerfungen infolge des neoliberalen Kapitalismus – so versuche ich zu zeigen – tragen hingegen

1 Im Original ist von morbiden bzw. krankhaften Symptomen statt von Monstern die Rede (*fenomeni morbosi*) (Heft 3, §34) (Gramsci 1977: 311).

2 Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer

cher indirekt über ihre subjektive Verarbeitung und indem sie konservativ-autoritäre Einstellungen freisetzen zum Aufstieg des autoritären Populismus bei.

Am Kapitalismus gescheitert. Linke Sozialpolitik im Neoliberalismus

Die Geschichte linker Sozialpolitik ist seit der Krise des Fordismus – und mit ihm der keynesianischen Wirtschaftspolitik – eine Geschichte des Scheiterns.³ Der Aufstieg des Neoliberalismus infolge der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren verschob die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals. Als Antwort auf die – unter anderem durch starke Gewerkschaften mit ausgelöste Profitkrise – gewannen Strategien der Internationalisierung, aber auch der Fragmentierung und Spaltung der Arbeiterklasse an Bedeutung. Die fordistischen MassenarbeiterInnen verloren ihre vorherige gesellschaftliche Machtposition, die es erfolgreich ermöglicht hatte, sozialpolitische Erfolge zu erzielen (Huke 2017: 179). Die Handlungsfähigkeit von Beschäftigten und Gewerkschaften wurden systematisch eingeschränkt, oft mit brutalen Methoden (z.B. Streik der Minenarbeiter in Großbritannien 1984). Gewerkschaften zogen sich in der Folge teilweise auf erodierende institutionelle Machtressourcen zurück und beschränkten sich darauf, Kernbelegschaften zu vertreten. Sozialdemokratische Parteien waren gegenüber den veränderten Funktionsprinzipien des Kapitalismus, vor allem der strukturellen Macht des mobilen

Kapitals, kaum noch in der Lage, eine progressive Sozialpolitik zu verfolgen. Sie kapitulierten gezwungenermaßen – besonders spektakulär lässt sich dies am Beispiel der Mitterand-Regierung in Frankreich in den 1980er Jahren und von SYRIZA in Griechenland nachvollziehen – vor der Dominanz neoliberaler Politik (Schneider 2017). Der Alltag in der Arbeitswelt entwickelte sich für viele zu einer mit permanenter Unsicherheit verbundenen Bewährungsprobe, was in Deutschland durch den neoliberalen Umbau der Arbeits- und Sozialverwaltungen mit der Agenda 2010 systematisch verstärkt wurde (Sauer u.a. 2018).

Nicht nur sozialdemokratische Parteien, sondern auch antikapitalistischer Aktivismus scheinen seither durch eine gewisse (sozialpolitische) Ratlosigkeit geprägt zu sein. Es fehlt an praktischen Erfahrungen und konkreten Strategien, um trotz der disziplinierenden Mechanismen eines globalisierten kapitalistischen Weltmarkts progressiv zu regieren oder rebellische Städte zu verwalten. Auch in nachbarschaftlichen und gewerkschaftlichen Kämpfen bleiben größere Erfolge meist aus. Links zu sein erweist sich nur selten als hilfreich, um die eigenen Lebensumstände materiell zu verbessern.⁴ Linke Politik ist daher in erste Linie für diejenigen interessant, die etwa aus milieuspezifischen, familiären oder sonstigen sozialisationsbedingten idealistischen Gründen – und weniger aus Not oder Existenzängsten heraus – an einer langfristigen Transformation der Gesellschaft interessiert sind. Dort, wo sie vor allem aus materiellen Gründen präferiert wurde, sei es in ehemaligen Industriequartieren oder

3 An dieser Stelle habe ich – um den langfristigen Trend klarer sichtbar zu machen – bewusst verkürzt, die Geschichte ist auch eine von kleinen großen Erfolgen, Widerständen und Kämpfen (Bailey u.a. 2017).

4 Ausnahmen sind neben Gewerkschaften auch einige Formen der alltäglichen Selbstorganisation (z.B. die Plattform der Hypothekenbetroffenen in Spanien) (Huke 2016).

sozioökonomisch deprivierten Stadtvierteln, verliert linke Politik rapide an Bedeutung. Verantwortung für sich selbst zu übernehmen wird zum wichtigsten gesellschaftlichen Orientierungspunkt, während solidarische Orientierungen zurückgehen (Billmann/Held 2013; Hilmer u.a. 2017).

Liberaler progressive Politik (z.B. entsprechende feministische Strömungen) oder (vermeintliche) „Identitätspolitik“ für die Krise einer klassenbasierten und egalitären Linken verantwortlich zu machen, wie Fraser (2017) und andere es tun (kritisch Dowling u.a. 2017: 416)⁵, scheint mir sowohl sehr weit hergeholt als auch strategisch fahrlässig. Ursache der Krise ist ein Scheitern der klassenbasierten und egalitären Linken selbst, das man zumindest zur Kenntnis nehmen sollte, wenn man über mögliche progressive politische Strategien nachdenken möchte. Die selektive Inkorporation einiger liberaler feministischer, antirassistischer oder multikulturalistischer Strömungen in den neoliberalen Machtblock erschwerte es der Linken nicht, eine eigenständige egalitäre und klassenorientierte Politik zu verfolgen (vgl. Fraser 2017). Die Strategie eines „realistischen Antikapitalismus“ wird nicht durch „Gendersternchen“ verunmöglicht, wie es Wolfgang Streeck

(2019) nahelegen scheint. Es mangelt vielmehr an Erfolgskonzepten, wie eine solche Strategie praktisch möglich sein könnte, die vor dem Hintergrund der bestehenden kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse auch Menschen jenseits der (radikalen) Linken plausibel erscheinen. Das liegt auch an einer internalisierten Rhetorik der Alternativlosigkeit von Austeritäts- und Sozialkürzungsprogrammen sowie von neoliberalen Restrukturierungen in der Arbeitswelt. Als handlungsfähig begreifen sich viele Beschäftigte nur noch im sozialen Nahbereich (Billmann/Held 2013; Menz/Nies 2019).

Konservative und autoritäre Einstellungsmuster, waren – wie etwa Didier Eribon (2016) sehr eindrücklich beschreibt – innerhalb der Arbeiterklasse auch während des Fordismus bereits ausgeprägt vorhanden. Sie waren jedoch über eine auf den materiellen Effekten sozialpolitischer Erfolge auf staatlicher und betrieblicher Ebene basierenden linken Hegemonie in einem progressiven gesellschaftlichen Projekt gebunden. Infolge des Scheiterns linker Sozialpolitik werden sie freigesetzt. Da sozialpolitische Erfolge ohnehin unrealistisch erscheinen, verlieren sie für die Wahlentscheidung an Bedeutung. Es lässt sich ein Trend in Richtung „Offenheit, Kurzfristigkeit und Volatilität im Wahlverhalten oder in den Zustimmungswerten für das politische Führungspersonal“ (Demirović 2018: 28) beobachten, den autoritär-populistische Parteien für sich nutzen können. Die Bindung an sozialdemokratische Parteien wie die SPD oder DIE LINKE erodiert, autoritär und nationalistisch eingestellte Teile der Arbeiterklasse wenden sich autoritär-populistischen Parteien zu – auch wenn sie mit diesen in ihren sozialpolitischen Zielsetzungen nicht notwendig übereinstimmen (Jylhä u.a. 2019). Ansatzweise lässt sich diese Bewegung für Deutschland

5 Ein Beispiel hierfür ist auch Wolfgang Streeck, der für die Krise der Sozialdemokratie nicht etwa Hartz IV oder die disziplinarischen Zumutungen des Jobcenter-Regimes infolge der Agenda 2010 verantwortlich macht, sondern – in deutlicher Affirmation der autoritär-populistischen Doktrin einer vermeintlich hegemonialen *political correctness* – in erster Linie eine „Umerziehungsrhetorik“ für ursächlich erklärt, die traditionellen Linkswählern „positive Bekenntnisse zu Lebensweisen abverlangte, die ihnen unverständlich, unheimlich oder gar unmoralisch erscheinen. Viele von ihnen wollten deshalb mit Politik nichts mehr zu tun haben“ (Streeck 2019).

in den Mitte-Studien nachvollziehen, die im Zeitverlauf zeigen, dass WählerInnen mit ausgeprägten Einstellungsmustern gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor dem Aufstieg der AfD nicht selten CDU/CSU, SPD oder DIE LINKE wählten, entsprechende WählerInnen jedoch seither die AfD präferieren (Decker u.a. 2018: 94). Während gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Folge die geteilte Schnittmenge zwischen der AfD und ihrer Wählerschaft ausmacht, fallen „sozial- und wirtschaftspolitische Positionen innerhalb wie zwischen der Wählerschaft und der Partei deutlich uneinheitlicher aus“ (Menz/Nies 2019: 211). Die von Sablowski und Thien (2018: 61f.) aufgeworfene Frage, warum zuvor bereits vorhandene Einstellungsmuster gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zunehmend als wahlentscheidend aktiviert werden, lässt sich mit der Freisetzung von Einstellungsmustern im Zuge der Niederlagen linker Sozialpolitik und der damit einhergehenden Entkopplung von vorherigen sozialdemokratischen Referenzparteien meines Erachtens recht plausibel beantworten.⁶

In Deutschland zeigen diejenigen, die mit der AfD sympathisieren, gleichzeitig charakteristische Einstellungsmuster, in denen eine spezifische Verarbeitung der permanenten Bewährungsproben und Unsicherheiten im Neoliberalismus deutlich wird: Typisch sind ein durch Angst und Misstrauen anderen Menschen gegenüber geprägter Weltbezug; narzisstische Selbstüberhöhung und ein frustrierter Einzelkämpfermodus; das Gefühl trotz eigener Leistung ungerechtfertigt zu kurz zu kommen und gegenüber anderen benachteiligt

zu werden; ein Mangel an Empathiefähigkeit (z.B. gegenüber Geflüchteten) sowie eine internalisierte neoliberale Grammatik der Härte (z.B. Abwertung von Arbeitslosen) (Decker/Brähler 2018; Hilmer u.a. 2017; Menz/Nies 2019, Yendell u.a. 2018).⁷ Folgen dieser Einstellungsmuster sind eine „adressatenlose Wut“ (Sauer u.a. 2018: 13f.) und eine „verbitterte Sprachlosigkeit“ (Bade 2016: 44). Ein gewisser Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Sympathien für autoritär-populistische Parteien, wie ihn Thien und Sablowski (2018) herausarbeiten, ist vor diesem Hintergrund durchaus denkbar, da Krisenerfahrungen im Neoliberalismus, aber auch Ressourcen und individuelle Strategien, um diese zu verarbeiten, zentral auch mit der Klassenposition zusammenhängen. Daraus lässt sich allerdings nicht automatisch schlussfolgern, dass es sich bei der Wahlentscheidung für autoritär-populistische Parteien um einen Protest ökonomisch Benachteiligter, „Abgehängter“ und von sozialem Abstieg bedrohter Menschen gegen ihre soziale Benachteiligung oder ihren Abstieg handelt. Wenig plausibel erscheint eine derartige Interpretation auch, weil autoritär-populistische Parteien eben jene Prozesse und klassenbasierten Spaltungslinien diskursiv eher thematisieren – zugunsten etwa von Volksgemeinschaft, Rassismus, Antifeminismus und Hass auf vermeintliche „linksgrüne

6 Diese Analyse reicht jedoch zur Erklärung nicht aus, notwendig ist es auch, diskursive Ereignisse und Konjunkturen des Rassismus einzubeziehen.

7 In der Bewegung, wie Fraser es tut, ein Aufbegehren gegen Austerität und Neoliberalismus zu sehen, scheint vor diesem Hintergrund wenig plausibel. Es scheint sich eher um eine autoritär radikalisierte Version neoliberaler Einstellungsmuster zu handeln. Ob diese für einen progressiven linken Populismus erreichbar sind, ist zumindest fragwürdig. Autoritärer Populismus sollte daher eher als „Fortsetzung der neoliberalen Praktiken bürgerlicher Herrschaft“ (Demirovic 2018: 30) begriffen werden.

Eliten“ (während konservative Eliten und Unternehmer in vielen Ländern tragende Akteure der autoritär-populistischen Mobilisierung sind). Eine – zudem empirisch nur begrenzt gültige – Korrelation zwischen Klassenzugehörigkeit und Wahlverhalten ist kein Beleg für eine Kausalbeziehung oder für eine sozioökonomische Motivation der Wählentscheidung. Einstellungsmuster und Strategien „der Arbeiterklasse“ ergeben sich nicht (nur) funktional aus ihrer ökonomischen Position innerhalb des Kapitalismus.

Ähnlich fragwürdig ist die bei Sabloswki und Thien (2018: 65) angedeutete These, dass die Wahl der AfD primär ökonomisch-rational motiviert sei (und eben nicht durch autoritäre Einstellungsmuster und völkisch-rassistischen Irrationalismus vermittelt) und in erster Linie das Ziel habe, sich vor einer verschärften Konkurrenz um Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnraum zu schützen. *Erstens* scheint die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch Flüchtlinge infolge des ‘Sommers der Migration’ in der Regel eher imaginiert als real vorhanden zu sein (Bormann/Huke 2019), *zweitens* wird die AfD nicht unbedingt dort in besonderem Maße gewählt, wo besonders viele Zugezogene wohnen und arbeiten; *drittens* ergeben sich Ideen wie „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ oder „Ausländer belasten den Sozialstaat“ nicht logisch aus Konkurrenzverhältnissen, sondern stellen bereits eine sehr spezifische – nationalistische und potenziell rassistisch grundierte⁸

– Interpretation dieser dar⁹; *viertens* dürfen – nimmt man beispielsweise die Politik der FPÖ in Österreich als Vergleichsfolie – die negativen Effekte der neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie der AfD etwaige positive materielle Effekte eines Schutzes vor Konkurrenz mehr als überwiegen. Das sozialpolitische Scheitern der Linken am Kapitalismus und die mit dem Neoliberalismus verbundenen sozialen Verwerfungen bieten somit zwar wichtige Ausgangspunkte für den Aufstieg des autoritären Populismus, sozioökonomische Gründe (z.B. Arbeitslosigkeit, Armut, sonstige Verwerfungen des Neoliberalismus) können jedoch nur sehr begrenzt als ursächlich für entsprechende politische Präferenzen angenommen werden (vgl. zur Kritik entsprechender Ansätze Dowling u.a. 2017).

Divers ist das neue normal. Erfolge progressiver sozialer Bewegungen

Während einerseits aus der im vorherigen Abschnitt beschriebenen Geschichte des Scheiterns linker Sozialpolitik ein Reservoir politischer Verunsicherung und für Autoritarismus empfänglicher subjektiver Verarbeitungsformen resultiert, aus dem sich autoritärer Populismus speisen kann, sind es andererseits Erfolge progressiver sozialer Bewegungen, die autoritär-populistische Mobilisierungen auslösen. Feministisches, migrantisches, ökologisches und

8 „Ausländer“ sind alltagssprachlich meist nicht Menschen ohne deutschen Pass, sondern Menschen mit bestimmten kulturellen oder körperlichen Merkmalen. Dass diese als eine besonders gefährliche Gruppe auf dem Arbeitsmarkt gelten, ergibt sich nicht aus Konkurrenzverhältnissen, sondern nur vermittelt über interpretative Prozesse, in denen

z.B. Einstellungsmuster gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wirksam werden.

9 Wie wenig „ökonomisch-rational“ die Mobilisierungen gegen Geflüchtete in der Regel waren, kann man empirisch etwa bei Glorius u.a. (2018) nachlesen, die Bürgerversammlungen dokumentieren, in denen es um die Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen ging.

schwul-lesbisches Engagement hat in den vergangenen Jahrzehnten in einem allmählichen Prozess erfolgreich die Räume des gesellschaftlich Sag- und Lebbareren erweitert. Gleichberechtigung, Diversität und Antidiskriminierung entwickelten sich zu Normen mit einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung (z.B. die Akzeptanz der „Ehe für alle“) (Hilmer u.a. 2017). Für einige Frauen oder MigrantInnen ermöglichen diese Entwicklungen soziale Aufstiege, die „die jahrhundertalte Gewissheit heraus[forderten], dass sich die Dividende weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlt“ (Dowling u.a. 2017: 414). Vor allem in akademisch geprägten urbanen Räumen entstanden Lebenswelten, die durch hybride postmigrantische Kulturen und Offenheit gegenüber sexueller Vielfalt geprägt sind. Wertvorstellungen und Praktiken alternativer Milieus diffundierten in die Gesamtgesellschaft, während die Milieus selbst einen Prozess der Verbürgerlichung durchliefen. Im Zuge der Niederlagen linker Sozialpolitik seit der Krise des Fordismus setzten sich innerhalb der sozialen Bewegungen liberale Strömungen durch, die vor allem innerhalb der durch den neoliberalen Kapitalismus abgesteckten Rahmenbedingungen politische Veränderungen zu erreichen versuchten. „Progressiver Neoliberalismus“ (Fraser 2017) kann daher eher als Effekt denn als Ursache der gegenwärtigen Krise der Linken verstanden werden (Brenner 2017).

Nach und nach veränderten sich auch jenseits progressiver Subkulturen alltägliche Umgangsweisen, wobei die Transformationsprozesse widersprüchlich und unabgeschlossen blieben (Koppetsch/Speck 2015). Homogene konservative Kultur- und Wertvorstellungen wurden durch die neue Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensentwürfe fragwürdig und büßten ihre unhinterfragte gesellschaftliche

Orientierungsfunktion ein. Aus ihnen resultierende Formen von Gewalt, Ungleichheit und Ausschluss wurden zum Gegenstand gesellschaftlicher Kritik. Ein Beispiel hierfür sind die *#metoo*-Bewegung oder mediale Deutungskämpfe darüber, wer in öffentlichen Aushandlungsprozessen gehört und ernst genommen wird (z.B. die Debatte um „alte weiße Männer“). Einige konservative Milieus passten sich in der Folge der gesellschaftlichen Modernisierung an und vollzogen einen schrittweisen Prozess der Erneuerung, wie er in der CDU unter Angela Merkel sichtbar wurde.

Verängstigte Konservative. Autoritärer Populismus als Versuch des Rollbacks gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse

Andere Konservative fühlen sich durch die zunehmende Infragestellung ihrer Wertvorstellungen und unhinterfragten Privilegien aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Zugehörigkeit durch Gleichberechtigung und gesellschaftliche Vielfalt bedroht und radikalisieren sich. Die partiell an gesellschaftlicher Akzeptanz gewinnende Vielfalt möglicher Lebensweisen empfinden sie als „unverständlich, unheimlich oder gar unmoralisch“, wie Streeck (2019) richtigerweise auch für einige „traditionelle Linkswähler“ feststellt. Den von Norris und Inglehart (2019) beschriebenen voranschreitenden gesellschaftlichen Wandel in Richtung liberaler Werte können sie sich nur als Effekt einer bewussten Strategie ihrer politischen GegnerInnen vorstellen. So imaginiert Streeck etwa – in einem verschwörungstheoretisch angehauchtem Duktus – „moralische Um-erziehungsversuche“ des „mit symbolischer Exklusionspolitik nach innen, ausgrenzenden Schreib- und Sprachregelungen, moralischer Verurteilung nahestehender

Minimalabweichler [besoffenen] „links-grünen Spektrums“, die „Durchsetzung einer ‘celebrate diversity’-Kultur von oben nach unten“ und eine „antitraditionalistische[...] Einheitsmeinung der liberalen Medienelite“ als Triebkräfte (Streeck 2019). Norris und Inglehart (2019) sehen in der konservativen Radikalisierung vor allem ein Phänomen des Kippunkts, ab dem liberale Wertvorstellungen – infolge eines „stillen Vordringens“ (Bayat 2010) veränderter alltäglicher Praktiken – verbreiteter werden als konservative. Der Aufstieg des autoritären Populismus ist Ausdruck dieser Entwicklung.

Irrationale Ängste und narzisstische Kränkungen spielen im konservativen Radikalisierungsprozess eine auffällige Rolle. Deutlich wird dies unter anderem in – angesichts der nach wie vor nur sehr inkrementell voranschreitenden progressiven Liberalisierung eher absurd erscheinenden, offensichtlich aber realen – Ängsten vor allem älterer konservativer weißer Männer, gesellschaftlich nicht mehr sichtbar zu sein: sei es wegen „einem neuen Mix von Kulturen und Rassen, eine[r] Welt aus Radfahrern und Vegetariern“ (Zeit online 2016); einem „feministischen Volkssturm“, der ein „Zusammentreiben und Einsperren aller Männer ins Lager der moralisch Minderwertigen“ (Jessen 2018) betreibt oder weil Menschen ohne Migrationshintergrund – und insbesondere „Menschen wie ich, also alte, weiße Männer“ (SWR 2019) – in der Öffentlichkeit „gar keinen Platz mehr zugewiesen bekommen“ (Deutschlandfunk 2019). Zusammenhänge zwischen sich radikalisiertem Konservatismus und sozioökonomischen Prozessen sind dabei durchaus denkbar. Die im Zuge des Neoliberalismus erfolgende ‚partielle Entstrukturierung‘ und ‚Erschöpfung‘ männlicher und vergeschlechtlichter Herrschaft, weil die traditionelle Rolle des männlichen

Familienernährers auch dann nicht mehr gegeben ist, wenn sie von den Beteiligten gewünscht wird“ (Woltersdorff 2011: 209), etwa kann potenziell ein Ausgangspunkt für eine misogynen maskulinistischen Radikalisierung sein. Indem Fraser den Erfolg von autoritärem Populismus auf „progressiven Moralismus“ (Fraser 2017: 83) zurückführt, verleiht sie entsprechenden Ängsten und Kränkungen einen wissenschaftlichen Anstrich. Die im präventiven Kampf für die Verteidigung nostalgischer Vorstellungen einer alten Ordnung von sich radikalisierenden Konservativen – eher wahnhaft und realitätsfern – imaginierte Diktatur politischer Korrektheit wird so unter der Hand zu einer gefühlten Tatsache, womit Fraser autoritär-populistischen Diskursen Vorschub leistet (Huke 2018).

Autoritärer Populismus spitzt die konservativen Abwehrreflexe gegen gesellschaftliche Liberalisierung in einer spezifischer Weise zu. Ideologisch stützt er sich auf partikulare subjektive Erfahrungen einer krisenhaften konservativen Werteordnung, die durch Echokammern und Filterblasen verstärkt und in den Status allgemeingültiger Wahrheiten über die gesellschaftliche Realität erhoben werden. Die eigenen Erfahrungen und alltäglichen Interpretationsmuster gesellschaftlicher Realität werden als objektive Artikulation eines als homogen begriffenen Volkswillens verstanden. Alternative Deutungen gesellschaftlicher Realität werden über ein Freund-Feind-Interpretationsmuster negiert oder abgewehrt. Nicht mit der eigenen Position übereinstimmende Positionen gelten als unwahr und gegen den Willen des Volkes gerichtet (z.B. „*political correctness*“, „Lügenpresse“) (Huke 2019). Ängste vor „Anderen“ und dem Verlust von Privilegien, Verschwörungsmentalität und andere Formen des Irrationalismus werden durch autoritär-populistische Politik systematisch

verstärkt (Dubiel 1986). Moralpaniken, in denen Minderheiten als deviant und Gefahr für die moralische Ordnung der Gesellschaft konstruiert werden, sind ein Beispiel für diese Entwicklung (Hall u.a. 2002). Die Subalternen, so Alex Demirović (2018: 32), werden „durch moralische Paniken und mediale Fokussierungen ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltene Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen“. Autoritärer Populismus erweist sich in der Folge als relativ resistent gegenüber Aufklärung und demokratischer Deliberation.

Der progressiven Liberalisierung setzt der autoritäre Populismus das Ziel einer – gegebenenfalls gewaltsamen – Aufrechterhaltung (beziehungsweise in vielen Fällen eher: Herstellung) homogener konservativer Lebenswelten gegenüber. Gegenüber dem fortlaufenden, nur noch gewaltsam aufhaltbaren Prozess einer kulturell immer vielfältiger werdenden Gesellschaft ist die autoritär-populistische Mobilisierung durch „die zum kollektiven Leitbild erstarrte fiktive Erinnerung an eine vermeintlich kulturell homogene Gesellschaft [geprägt], die es [...] historisch nie gab“ (Bade 2016). Das zeigt sich in Versuchen der parlamentarischen Machtergreifung über Parteien wie die AfD ebenso wie in Aktivitäten, um den progressiven Liberalismus durch Terror – u.a. die Morde des NSU, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker – oder alltägliche rassistische und politisch motivierte Übergriffe zurückzudrängen (Reinfrank/Brausam 2016). Je nach Grad der politischen Radikalität gelten dabei nicht nur MigrantInnen, progressive Liberale und Linke als GegnerInnen, sondern auch demokratische Konservative. Ziel des

autoritären Populismus ist es – ob gewaltsam oder auf parlamentarischem Weg –, Politik und Alltag zu re-maskulinisieren (z.B. durch Kürzung der staatlichen Zuschüsse für Frauenhäuser), Minderheiten auszugrenzen und zu entrechten, eigene Privilegien im Kontext globaler sozialer Ungleichheit zu verteidigen, konservative Moralvorstellungen gegenüber sexueller Vielfalt durchzusetzen und Artikulationsmöglichkeiten politisch Andersdenkender („Volksverräter“) einzuschränken.

Nicht nur vor dem Hintergrund der rassistischen Gewalt, die von autoritär populistischen Parteien aktiviert und legitimiert, wenn auch aus taktischen Gründen öffentlich nur selten explizit befürwortet wird, ist es fragwürdig, WählerInnen der Parteien eine präventive Generalabsolution zu erteilen, wie Fraser es tut, indem sie ohne empirische Belege feststellt, sie seien massenhaft weder rassistisch noch rechts (Fraser 2017). Für die AfD-WählerInnen in Deutschland ist das Gegenteil gut belegt. Für die USA verweist unter anderem das unterschiedliche Wahlverhalten nicht von Rassismus betroffener und männlicher Teile von anderen Teilen der Arbeiterklasse oder von Schwarzen Frauen auf einen Zusammenhang zu weißen und männlichen Privilegien (Brenner 2017, Decker/Brähler 2018; Dowling u.a. 2017: 414; Hilmer u.a. 2017).

Polarisierte Lebenswelten. Raumeffekte von gesellschaftlicher Liberalisierung und ihrer autoritär-populistischen Gegenbewegung

Die doppelte Dynamik von progressiver Liberalisierung und sozialpolitischem Scheitern der Linken hatte eine ungleiche Entwicklung zur Folge. Während sich in akademisch geprägten urbanen Räumen

liberale und kosmopolitische Lebensweisen entwickelten, vollzog sich der gesellschaftliche Liberalisierungsprozess in sozioökonomisch deprivierten Stadtvierteln, ruralen Räumen und deindustrialisierten Regionen langsamer, während die Folgen des sozialpolitischen Scheiterns der Linken deutlicher zu Tage traten und zuvor in progressive Projekte eingebundene konservative Wertvorstellungen im Zuge des Scheiterns der Linken aktiviert und freigesetzt wurden. Sozioökonomisch privilegierte linke kosmopolitische Milieus weisen – anders als konservative Eliten – dabei teils ausgeprägt solidarische Orientierungen auf (Müller-Hilmer/Gagné 2018). Dass „die kosmopolitische Linke [...] heute hochsensibel bezüglich der Unterdrückungsmechanismen gegenüber Minderheiten und der Dritten Welt [ist], [...] aber von der Verteilungsfrage im eigenen Land nichts mehr wissen [will]“, wie unter anderem Wolfgang Merkel konstatiert, ist daher eher eine – auch in autoritär-populistischen Diskursen gerne gepflegte – mythische Erzählung als eine zutreffende Analyse. Die Haltung zur Migration ist empirisch kein geeigneter Gradmesser für die Haltung zur Verteilungsfrage im eigenen Land, auch wenn dies – in Deutschland vor allem im ideologischen Umfeld von *Aufstehen* – gerne entsprechend kolportiert wird. Weder sind diejenigen, die gegen Migration und Flüchtlinge mobilmachen, deshalb im nationalen Rahmen in besonderem Maße für Umverteilung und Sozialstaatlichkeit (auch wenn sie der „Arbeiterklasse“ angehören), noch sind diejenigen notwendig neoliberal und sozialstaatsfeindlich, die sich für Seenotrettung und einen Abbau des Grenzregimes aussprechen (auch wenn sie sozioökonomisch privilegierten Gesellschaftsschichten angehören). Materiell deprivierte Milieus sind empirisch nicht unbedingt solidarischer orientiert als relativ privilegierte, auch

wenn das abstrakt ökonomistisch gedacht naheläge (Müller-Hilmer/Gagné 2018). Der durch Medien und wissenschaftliche Artikel geisternde, scheinbar alle anderen gesellschaftlichen Spaltungslinien überstrahlende Konflikt zwischen „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“ zerfällt bereits bei etwas genauerem Hinschauen in eine Vielzahl von Konfliktlinien, die zwar in einigen Fällen relativ parallel verlaufen, aber nur mit einer ordentlichen Prise populistischer Vereinfachung auf eine Dichotomie reduziert werden können.¹⁰

10 Die politische Polarisierung der Gesellschaft erfolgt real entlang vielfältiger, sich nur zum Teil überlappender Dimensionen (z.B. postmigrantische Räume vs. herkunftshomogene; Globalisierungsgewinner vs. Globalisierungsverlierer; arm vs. reich; Kapital vs. Arbeit; Ohnmachtserfahrungen vs. Erfahrungen politischer Handlungsfähigkeit; urbaner vs. ruraler Raum; demokratiefeerne Räume vs. radikaldemokratische Räume; exklusive vs. inklusive Solidarität; liberale Lebensstile vs. konservative Lebensstile; antidemokratische vs. demokratische Einstellungsmuster; Prekarität vs. Beschäftigungssicherheit; Männer vs. Frauen; von Rassismus betroffene vs. nicht von Rassismus betroffene Teile der Bevölkerung, u.v.m.). Der vermeintliche Widerspruch zwischen „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“ funktioniert nur, wenn in extrem verkürzter und assoziativer Manier Klassenlagen, Einstellungsmuster, Erfahrungsräume und Lebensstile auf eine eindimensionale Zwei-Lager-Theorie reduziert werden, in der Rassismus, demokratiefeerne Räume, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Ohnmachtserfahrungen, neonazistische Strukturen, aber auch differenzierte und zwischen Kapital und Arbeit polarisierte Klassenverhältnisse nicht mehr sichtbar sind. Kosmopolitische Lebenswelten werden gleichzeitig – fälschlicherweise und durchaus anschlussfähig für völkisch-nationalistische Kosmopolitismuskritik – als notwendig unsolidarisch und gemeinschaftszersetzend gedacht.

Nichtsdestotrotz ist die These plausibel, dass ein räumliches Auseinanderdriften von Lebenswelten den Aufstieg des autoritären Populismus als konservativer Bewegung gegen progressiven Liberalismus prägt. Sichtbar wird das an den regional variierenden Zustimmungswerten von Parteien wie der AfD, aber auch an Diskursen, die englischsprachige „elitäre Hipster“ (Spahn 2017) zum Problem erklären oder die Stadt Berlin für einen *failed state* halten (Tagespiegel 2018). Es sind bisher vorwiegend urbane Räume, aus denen heraus Gegenbewegungen zum autoritären Populismus entstehen. Ein Beispiel hierfür ist die Bewegung der Flüchtlingssolidarität im Zuge des Sommers der Migration (sogenannte Willkommenskultur). Als Reaktion auf die Fluchtbewegung im Jahr 2015 entstanden – häufig aus einer intuitiv empfundenen Nähe und Notwendigkeit etwas zu tun heraus, die auf den Prozess des progressiven Wertewandels verweist – bundesweit Initiativen, die Hilfe für Geflüchtete anboten. Schwerpunkte dieser Bewegung waren eher liberal oder progressiv geprägte Stadtviertel (z.B. das Karviertel in Hamburg). Gleichzeitig machte die Bewegung jedoch sichtbar, dass der Prozess der progressiven Liberalisierung auch jenseits dieser Räume (z.B. in ländlichen Regionen) seine Spuren hinterlassen hatte, dort entwickelten sich ebenfalls – teils beeindruckende – Unterstützungsnetzwerke. In konservativen Milieus wurde der Sommer der Migration als doppelte Bedrohung empfunden:

Einerseits verstärkte er Ängste, dass der Staat und alle anderen sich immer nur um die anderen kümmerten, man selbst aber nie etwas bekomme. Das Ungerechtigkeitsempfinden schlug dabei teilweise in eine missgünstige Grundhaltung um, in der es primär nicht mehr darum ging, die eigene soziale Situation zu verbessern, sondern nur noch darum, anderen den Zugang

zu staatlicher Unterstützung zu verweigern.¹¹ Alltäglicher Rassismus gegenüber Geflüchteten begünstigt entsprechende misanthropische Orientierungen („Die kriegen das Geld vom Staat in den Arsch geblasen, während wir Deutschen hart arbeiten und Steuern zahlen.“).

Andererseits machte er deutlich, wie weit konservative Lebenswelten, in denen rassistische Ausgrenzung, Flüchtlingsfeindlichkeit und der Vorrang des Nationalen eine unhinterfragte Geltung beanspruchen konnten, sich bereits von der Normalität anderer Teile der Gesellschaft entkoppelt hatten. Die radikalisierte konservative Gegenreaktion reichte von PEGIDA über Gewalt gegen Unterkünfte, Flüchtlingshelfer und Geflüchtete bis zum Aufstieg der AfD.

Die Folge war eine politische Polarisierung, in Zuge derer sowohl progressive als auch konservative Einstellungsmuster aktiviert und mobilisiert wurden. Den progressiven Liberalisierungsprozess und die von ihm immer wieder hervorgebrachten progressiven liberalen Bewegungen in Frage zu stellen, gelang der autoritär-populistischen Mobilisierung in erster Linie in Teilen des konservativen Milieus, die sich seither fortschreitend radikalisieren (z.B. sichtbar an der WerteUnion in der CDU). Progressive liberale Milieus waren hingegen immer wieder Ausgangspunkt von

11 Die Ergebnisse der qualitativen Interviews unseres Forschungsprojekts „Willkommenskultur und Demokratie in Deutschland“ (www.welcome-democracy.de) sprechen dafür, dass der Zuzug von Geflüchteten politisch eher eine Chance für die Ausweitung von Sozialstaatlichkeit, als eine Gefährdung von Sozialleistungen für etablierte Bevölkerungsgruppen darstellte, da etwa Investitionen ausgeweitet wurden, die auch bereits in Deutschland lebenden Bevölkerungsgruppen zugutekamen (z.B. bei der Förderung berufsvorbereitender Maßnahmen).

Protesten gegen diese Entwicklung (z.B. Seebrücke, #unteilbar, #wirsindmehr). Die Zeit bleibt damit – angelehnt an Gramsci – bisher eine, in der sich das Alte gegen das Sterben aufbäumt, aber auch nicht verhindern kann, dass das Neue sich langsam und immer wieder scheiternd einen Weg sucht, um geboren zu werden.

Fazit

Dass der Aufstieg des autoritären Populismus, wie Fraser (2017) recht euphorisch feststellt, eine offene und instabile Situation herbeigeführt habe, in der Herzen und Verstand über einen progressiven Populismus für linke Politik gewonnen werden können, halte ich vor dem Hintergrund der von mir skizzierten Entwicklungen für Wunschdenken. Ursache scheint die „Sehnsucht nach einem verloren geglaubten revolutionären (Arbeiter-)Subjekt [...] – einem Subjekt, das zwar in die falsche Richtung läuft, aber dies immerhin aus den richtigen Gründen, und das deshalb von links auch ‘nur’ noch zurückgewonnen werden muss“ (Dowling u.a. 2017: 419). Die Verarbeitungsformen alltäglicher Krisen im Neoliberalismus und radikalisierte konservative Abwehrreflexe auf progressiven Liberalismus, die autoritären Populismus vorantreiben, bieten nur begrenzt Anknüpfungspunkte für progressive Politik. Sie können nicht einfach von links aufgegriffen, sondern müssen in emanzipatorischer Weise durchbrochen werden. Selbst wenn man gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit außer Acht lässt, ist es eine herausfordernde Aufgabe, frustriertes Einzelkämpfertum, verbitterte Sprachlosigkeit oder eine neoliberale Grammatik der Härte in politisches Engagement gegen die Zumutungen des Neoliberalismus oder auch nur Wahlentscheidungen für linke Parteien zu transformieren.

Norris und Inglehart (2019: 16f.) gehen perspektivisch davon aus, dass sich die autoritär-populistische Mobilisierung im Zuge von Generationswechsel und fortschreitender Urbanisierung – die mit einem Trend zur progressiven Liberalisierung einhergehen – langfristig in der Tendenz von selbst erledigen wird. Autoritärer Populismus könnte jedoch – etwa indem er rassistische Gewalt legitimiert, ethnisierte soziale Konflikte verstärkt oder vorhandene autoritäre Einstellungsmuster konsolidiert – durchaus in der Lage sein, eine Trendumkehr einzuleiten. Dass jüngere Generationen quasi-automatisch progressiver eingestellt sind, ist keineswegs selbstverständlich, wie sich etwa in der Zustimmung zu Rassismus in Abhängigkeit vom Alter in Ostdeutschland zeigt und wie es sich auch in Wahlergebnissen widerspiegelt (Decker/Brähler 2018). Erfahrungen aus Ländern wie Ungarn, Italien oder der Türkei deuten daraufhin, dass autoritärer Populismus, wenn er erst einmal alltägliche Handlungsroutinen durchdrungen hat, schwer wieder zurückzudrängen ist.

An einer linken Strategie zu arbeiten, wie Fraser (2017) es vorschlägt, der es gelingt, über sozialpolitische Erfolge auch von Austerität und neoliberalen Verwerfungen betroffene konservative Teile der Bevölkerung in ein fortschrittliches Projekt einzubinden, ist daher durchaus wünschenswert. Wie diese Erfolge im Alltag, im Betrieb und von der Regierungsbank aus gegen strukturelle kapitalistische Disziplinierungsmechanismen durchgesetzt werden sollen, ist aber nach wie vor eine ungeklärte Frage. Dieser Frage auszuweichen, wie Fraser und andere es tun, indem sie progressiven Liberalen die Verantwortung für die gegenwärtige Krise der Linken in die Schuhe schieben, mag auf kurze Sicht hilfreich sein, um sich einen messianischen Blick auf Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn zu bewahren. Auf lange Sicht rächt es sich jedoch doppelt: Einerseits, weil

progressiver Liberalismus de-legitimiert wird, der gegenwärtig in Abwesenheit einer relevanten egalitären und klassenbasierten Linken die einzige gesellschaftliche Kraft ist, die in der Lage ist, autoritären Populismus in bestimmten Räumen herauszufordern und zurückzudrängen; andererseits, weil man sich die Augen reiben wird, wenn die Lichtgestalten von heute ebenso schnell scheitern wie die Lichtgestalten von gestern (z.B. Tsipras, Mitterand). Etwas mehr Mut zur Selbstkritik, Lernfähigkeit und eine solidarische Haltung gegenüber denjenigen, die – wenn auch teilweise unter Vernachlässigung der sozialen Frage – gegen autoritären Populismus, Diskriminierung und Ungleichheit kämpfen, würde ich mir auch von einer selbsterklärten arbeiterklassenahnen Linken wünschen.

Würden all diejenigen Linken, die gegenwärtig ihre politische Hauptaufgabe darin zu sehen scheinen, medienwirksam in Facebook-Kommentaren, Meinungsartikeln, Interviews und Talkshows über „Kosmopoliten“, „Umerziehungsversuche“, „Gendersternchen“ und „Moralismus“ zu schimpfen sowie Ressentiments gegen das „links-grüne Spektrum“ zu schüren, ihre Energie und Zeit stattdessen in ernsthafte Versuche eines lokalen organisatorischen Aufbaus von Projekten eines „realistischen Antikapitalismus“ stecken, wäre meines Erachtens bereits viel gewonnen. Dass diese Entwicklung gerade eher unwahrscheinlich ist, verweist auf einen selbstzerstörerischen Verfallsprozess von Teilen der Linken: Die frustrierende Erfahrung der eigenen sozialpolitischen Hilflosigkeit gegenüber neoliberaler Alternativlosigkeit und „verriegelten Verhältnissen“ (Menz u.a. 2013) wird in „linke Melancholie“ (Brown 1999) und eine nostalgische Sehnsucht nach dem Fordismus auf der einen und Aggressionen gegen progressive Liberale und liberale Linke auf der anderen Seite übersetzt. Notwendig

wären demgegenüber eine linke Trauerarbeit (Adamczak 2011) und pragmatische Suchprozesse nach progressiven sozialpolitischen Strategien, die auch unter gegebenen Verhältnissen trag- und hegemoniefähig sind. Der inklusive Populismus von Corbyn oder Sanders, aber auch radikaldemokratische Organisationsformen politischer Solidarität im Alltag (Huke 2016) könnten hierfür mögliche Inspirationsquellen sein.

Statt die widersprüchlichen Erfolge sozialer Bewegungen (z.B. in Bezug auf Anerkennung von kultureller Diversität, sexueller Vielfalt und Antidiskriminierung) in den vergangenen Dekaden zu bedauern und infrage zu stellen, weil sie am Ende ja doch nur den neoliberalen Kapitalismus stabilisiert haben, sollte man sie als das in den Blick nehmen, was sie sind: Schritte nach vorn, die aber weit davon entfernt sind, die Gesellschaft grundlegend in eine emanzipatorische Richtung zu verändern. Positiv ist dabei in jedem Fall hervorzuheben, dass durch die Erfolge der Bewegungen und die folgende progressive Liberalisierung Räume entstanden sind, die sich bisher als relativ immun gegenüber autoritärem Populismus erweisen und immer wieder zum Ausgangspunkt demokratischer Protestbewegungen für eine gleichberechtigte, offene und solidarische Gesellschaft werden. Durch diese Entwicklungen besteht zumindest die Hoffnung darauf, dass der autoritäre Populismus als radikalisierte konservative Gegenreaktion eventuell nur ein morbides Symptom der „Zeit der Monster“ des Interregnums sein könnte.

Simplifizierende Erklärungsmuster für autoritären Populismus, die sich auf impressionistische empirische Bezüge, dürre quantitative Korrelationen und/oder gefühlte Wahrheiten stützen (und gleichzeitig relevante Teile der Forschung ignorieren, z.B. Einstellungsuntersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit),

verhindern meines Erachtens eher, dass erfolgreiche Strategien entwickelt werden können. Es braucht eine sozialwissenschaftliche Forschung, die in der Lage ist, die dichotome und verschwörungstheoretisch gerahmte Weltsicht des autoritären Populismus durch eine präzise historisierende empirische Analyse alltäglicher Erfahrungen und widersprüchlicher Konfliktstrukturen in Frage zu stellen und realistische alternative Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung aufzuzeigen. Eine Voraussetzung dafür ist, darauf zu verzichten, unliebsame empirische Befunde, die die eigene gefühlte Wahrheit in Frage stellen, einfach auszublenden – ob zum Phänomen des autoritären Populismus selbst, zu Rassismus und neonazistischen Strukturen, zu Geschlechterverhältnissen oder auch Klassenverhältnissen.

Literatur

- Adamczak, Bini (2011): *Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft*. Münster.
- Bade, Klaus (2016): Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations und Asyldebatte zwischen 'Gastarbeiterfrage' und 'Flüchtlingskrise'. In: IMIS (Hg.): *25 Jahre IMIS. Jubiläumsveranstaltung am 29. Mai 2015*. Osnabrück: 35–171.
- Bailey, David J. u.a. (2017): *Beyond Defeat and Austerity: Disrupting (the Critical Political Economy of) Neoliberal Europe*. London.
- Bayat, Asef (2010): *Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*. Amsterdam.
- Billmann, Lucie/Held, Josef (2013): Die Bedeutung von Solidarität für junge Beschäftigte im Dienstleistungsbereich. In: Billmann, Lucie/Held, Josef (Hg.): *Solidarität in der Krise*. Wiesbaden: 179–210.
- Bormann, Doreen/Huke, Nikolai (2019): Keine Konkurrenz durch Flüchtlinge. URL: freitag.de, Zugriff: 10.10.2019.
- Brenner, Johanna (2017): There Was No Such Thing as 'Progressive Neoliberalism'. URL: dissentmagazine.org, Zugriff: 26.8.2019.
- Brown, Wendy (1999): Resisting Left Melancholy. In: *boundary 2* 26(3): 19–27.
- Decker, Frank/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Forschung Psychosozial. Gießen: 65–116.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen.
- Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA* 48(190): 27–42. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.30>
- Deutschlandfunk (2019): „Palmer (Grüne) zur Bahnwerbung: 'Ich versuche, die Tür zum Rassismus zuzumachen'“ (26.4.2019). URL: www.deutschlandfunk.de, Zugriff: 26.8.2019.
- Dowling, Emma u.a. (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der 'Identitätspolitik'. In: *PROKLA* 188 47(3): 411–420.
- Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus. In: Dubiel, Helmut (Hg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt/M.: 33–50.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin.
- Fraser, Nancy (2017): The End of Progressive Neoliberalism. URL: dissentmagazine.org, Zugriff: 26.8.2019.
- Glorius, Birgit/Schondelmayer, Anne-Christin/Dörfel, Robinson (2018): „Wandel durch Annäherung“? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Goebel, Simon et al. (Hg.): *FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: 111–140.
- Gramsci, Antonio (1977): *Quaderni del carcere. Volume primo. Quaderni 1-5*. Turin.
- Hall, Stuart u.a. (2002): *Policing the crisis. Mugging, the state, and law and order*. London.

- Hilmer, Richard u.a. (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. URL: boeckler.de, Zugriff: 26.8.2019.
- Huke, Nikolai (2016): *Krisenproteste in Spanien. Zwischen Selbstorganisation und Überfall auf die Institutionen*. Münster.
- (2017): „Sie repräsentieren uns nicht.“ *Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien*. Münster.
- (2018): Feindbild Identitätspolitik und konservativer Rollback. Moralpaniken, Volksempfinden und political correctness. In: *Politikum* 4(4): 14–21.
- (2019): 'Die neue Angst vorm schwarzen Mann'. Moralpaniken als Reaktion auf Geflüchtete im Regierungsbezirk Tübingen. In: *sub\urban* 7(1/2): 69–92.
- Jessen, Jens (2018): „Der bedrohte Mann“. In: *Die Zeit*, 4.4.2018.
- Jylhä, Kirsti M./Rydgren, Jens/Strimling, Pontus (2019): Radical right-wing voters from right and left: Comparing Sweden Democrat voters who previously voted for the Conservative Party or the Social Democratic Party. In: *Scandinavian Political Studies* 96(5): online first.
- Koppetsch, Cornelia/Speck, Sarah (2015): *Wenn der Mann kein Ernährer mehr ist. Geschlechterkonflikte in Krisenzeiten*. Berlin.
- Menz, Wolfgang u.a. (2013): Verriegelte Verhältnisse – Solidarität und interessenpolitische Handlungsorientierungen unter Krisenbedingungen. In: Billmann, Lucie/Held, Josef (Hg.): *Solidarität in der Krise*. Wiesbaden: 31–52.
- Menz, Wolfgang/Nies, Sarah (2019): Marktautoritarismus und abgewehrte Fragilität von Leistung. Impulse der arbeitssoziologischen Bewusstseinsforschung zur Erklärung von Rechtspopulismus. In: Book, Carina u.a. (Hg.): *Alltägliche Grenzziehungen*. Münster: 207-227
- Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2018): Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017. URL: boeckler.de, Zugriff: 26.8.2019.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): *Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge.
- Reinfrank, Timo/Brausam, Anna (2016): Rechter Terror gegen Flüchtlinge – Die Rückkehr der rechten Gewalt der 1990er-Jahre. In: Brähler, Elmar u.a. (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. Gießen: 235–244.
- Sablowski, Thomas/Thien, Günter (2018): Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem? In: *PROKLA* 190 48(1): 55–71. <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.32>
- Sauer, Dieter u.a. (2018): *Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche*. Hamburg.
- Schneider, Etienne (2017): *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Grenzen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb des Euro*. Hamburg.
- Spahn, Jens (2017): „Sprechen Sie doch deutsch!“ (23.8.2017). URL: www.zeit.de, Zugriff: 11.10.2019.
- Streeck, Wolfgang (2019): „Realistischer Antikapitalismus statt moralische Umerziehungsversuche“. URL: pure.mpg.de, Zugriff: 11.10.2019.
- SWR (2019): „Tübinger Oberbürgermeister Palmer verteidigt seine Kritik an Bahn-Fotos“ (24.4.2019). URL: swr.de, Zugriff: 11.10.2019.
- Tagesspiegel (2018): „Berlin-Schelte des Tübinger Oberbürgermeisters. 'Vorsicht, Sie verlassen den funktionierenden Teil Deutschlands!'“. In: *Tagesspiegel*, 4.12.2018.
- Woltersdorff, Volker (2011): Neue Bündnispotenziale und neue Unschärfen. Zum Begriff der Prekarisierung von Geschlecht, Arbeit und Leben. In: *Feministische Studien* 29(2): 206–206.
- Yendell, Alexander u.a. (2018): Die Parteien und das Wählerherz 2018. URL: kredo.uni-leipzig.de, Zugriff: 26.8.2019.
- Zeit online (2016): „Polen warnt vor 'Welt aus Radfahrern und Vegetariern'“. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/medienreform-polen-kritik-eu-kommission>, Zugriff: 26.8.2019.
- Žižek, Slavoj (2010): *Zeit der Monster*. URL: <https://monde-diplomatique.de/artikel/1361634>, Zugriff: 10.10.2019.